

WAS IST DEMOKRATIE?

Chancen und Gefahren des Demokratieverständnisses in "Nach"kriegs-Zeiten

Frido Mann

Impressum

Herausgeberin

Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit Truman-Haus Karl-Marx-Straße 2 14482 Potsdam-Babelsberg

freiheit.org

f/FriedrichNaumannStiftungFreiheit

✓/FNFreiheit

ø/stiftungfuerdiefreiheit

Autor

Frido Mann, https://fridomann.de/

Redaktion

Liberales Institut der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit Thomas Clausen, Referent für Bildung und Forschung

Kontakt

Telefon +49 30 220126-34 Telefax +49 30 690881-02 E-Mail service@freiheit.org

Stand

Juni 2022

Hinweis zur Nutzung dieser Publikation

Diese Publikation ist ein Informationsangebot der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit. Die Publikation ist kostenlos erhältlich und nicht zum Verkauf bestimmt. Sie darf nicht von Parteien oder von Wahlhelfern während eines Wahlkampfes zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden (Bundestags-, Landtags- und Kommunalwahlen sowie Wahlen zum Europäischen Parlament).

Lizenz

Creative Commons (CC BY-NC-ND 4.0)

Inhaltsverzeichnis

VORWORT	4
DEMOKRATIE BEDEUTET HERRSCHAFT DES VOLKES	5
DEMOKRATIE IST NICHT. DEMOKRATIE WIRD	6
DIE GEFAHREN UND GRENZEN DER DEMOKRATIE	7
Verhaftung in alten autokratischen Strukturen	9
Interessenkonflikte	9
Irrationale Flucht in den Extremismus	9
Fake News	10
Opportunistisches oder duckmäuserisches Mitläufertum	10
Erlahmen von Engagement	10
Mangelnde Wachsamkeit und Achtsamkeit gegenüber den Werten eines demokratischen Menschenbildes	11
DIE ÄUSSERE STRUKTUR UND DER INTRINSISCHE KERN DER DEMOKRATIE	12
BASISDEMOKRATIE	13
ÜBER DEN AUTOR	15

Vorwort

Ludwig Theodor Heuss

Im Frühjahr 1938 hielt der Literaturnobelpreisträger Thomas Mann eine Reihe von Vorlesungen in den Vereinigten Staaten, die im gleichen Jahr unter dem Titel "The Coming Victory of Democracy" veröffentlicht wurden. Wie der exilierte Literat zugegeben musste, trug er damit eigentlich Eulen nach Athen – schließlich befand er sich im "klassischen Land der Demokratie." Allerdings trafen seine Warnungen vor den Gefahren des deutschen Nationalsozialismus auf eine skeptische Zuhörerschaft, für die ein künftiger Krieg – noch dazu unter amerikanischer Beteiligung – weit entfernt schien.

Hellsichtig beschrieb Mann daher die Natur des Nationalismus, "dem es nicht um Moral, sondern um Macht, nicht um menschliche Leistungen, sondern um Krieg" ginge. Demokratie und Faschismus seien unvereinbar, betonte der Autor der Buddenbrooks, und "jede freundliche Geste" vonseiten der demokratischen Länder würde "nur als Zeichen der Schwäche, der Resignation und der zeitnahen Abdankung" gesehen werden. Doch seine Warnungen blieben vorerst ungehört und am 30. September 1938 wurde die tschechoslowakische Demokratie den Machtinteressen Hitlers in München geopfert. "Democracy will win" – diese hoffnungsvolle Satz von Mann aus demselben Jahr sollte sich erst sehr viel später erfüllen: 1945 zumindest in Westeuropa, doch erst mehr als sechzig Jahre später auch in Prag – Manns zeitweiligem Zufluchtsort – und den anderen Ländern Mittel- und Osteuropas.

"Democracy will win" – das Versprechen ist auch der Buchtitel von Frido Manns vielbeachtetem Sachbuch, das 2021 bei der Wissenschaftlichen Buchgesellschaft erschienen ist und sozusagen die Vorgeschichte des vorliegenden Essays darstellt. Frido Mann greift darin nicht nur die Rede seines Großvaters auf, sondern setzt eine Vielzahl eigener Akzente. Er befasst sich mit den großen Herausforderungen, denen sich die westlichen Demokratien – und vor allem die "unvereinigten Staaten von Amerika" – stellen müssen. Populismus und Polizeigewalt verlangen ebenso neue Antworten, wie Trump und Corona. Aber trotz aller Sorge über Dialogverweigerung, Polarisierung oder sogar den Versuch Russlands, die amerikanische Präsidentschaftswahl zu manipulieren: Am Ende steht auch bei Frido Mann die Hoffnung und die Zuversicht, dass die Demokratie siegen wird.

In dem vorliegenden Essay für die Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit baut Frido Mann seine Ideen zur Zukunft der Demokratie noch einmal aus und nähert sich der Frage, was Demokratie eigentlich ausmacht und wie sie sich entwickeln muss, um den vielfältigen Gefahren des 21. Jahrhunderts zu trotzen. Gerade vor dem Hintergrund von Putins brutalem Angriffskrieg auf die ukrainische Demokratie ist die hier vorliegende Selbstvergewisserung über demokratische Grundwerte besonders wichtig.

Frido Mann ist Musiker, Theologe und Professor der Psychologie – vor allem aber ist er ein Weltbürger, der neben der deutschen auch die amerikanische und tschechische Staatsangehörigkeit besitzt. Diese vielfältigen Perspektiven ermöglichen es ihm, im vorliegenden Essay auch einen Aspekt der Demokratie herauszuarbeiten, der im öffentlichen Diskurs oft vernachlässigt wird. Ihm geht es nicht nur um die "äußere Struktur" der Demokratie, wie sie sich in Wahlrecht, Gesetzen und Institutionen zeigt, sondern vor allem auch um den "intrinsischen Kern". Dazu gehöre, so Mann, "sowohl der historische, philosophische, ethisch religiöse und der wissenschaftlich psychologische Aspekt der Demokratie als auch die Praxis des zwischenmenschlichen und politischen Dialogs auf kommunikationswissenschaftlicher und psychologisch methodischer Grundlage."

Besonders viel Vertrauen setzt Frido Mann in die junge Generation, deren "Rechtsempfinden und Verantwortlichkeit" er bereits "schon vor dem Zeitenbruch des Überfalls von Russland auf die Ukraine" deutlich zu erkennen vermochte. Gleichzeitig stellt er anregende Überlegungen zum Verhältnis von Expertentum und Basisdemokratie auf und zeichnet ein scharfes Bild von den Gefahren, die der Demokratie durch Desinformation, Duckmäusertum und die "irrationale Flucht in den Extremismus" drohen. Herausgekommen ist dabei ein flammendes Plädoyer für die Demokratie, das existentielle Herausforderungen klar benennt, aber nie die Hoffnung aufgibt: Democracy will win.



Ludwig Theodor Heuss ist Vorsitzender des Kuratoriums der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit.

Demokratie bedeutet Herrschaft des Volkes

Im Unterschied zur Autokratie, der unkontrolliert ausgeübten Herrschaft durch eine Einzelperson (König, Kaiser oder Diktator) oder eine Personengruppe (eine Ideologie oder Rassenlehre vertretende Partei, Kaste oder religiöse Institution) ist die Demokratie eine Staats- und Gesellschaftsform, in der die Macht einzig und allein vom Volk ausgeht und dieses sich mit dieser Macht identifiziert und für sie zu kämpfen bereit ist. Wobei mit "Volk" nicht ein überindividuelles, ideologisch definiertes und hierarchisch gegliedertes Staatsgebilde und

schon gar nicht eine Gehorsam und Ein- und Unterordnung fordernde "Volksgemeinschaft" gemeint ist. Das herrschende Organ der Demokratie ist vielmehr die freie Vereinigung freier, individueller Menschen, ganz im Sinne der Präambel der ältesten US-amerikanischen Verfassung: We the people. Dies betrifft die z.T. wenige Jahrhunderte alten Demokratien in den USA und Europa sozusagen als Vorreiter für viele andere Länder, die ihre eigenständigen Entwicklungsschritte dorthin vollziehen werden.

Unterzeichnung der Verfassung



Gemälde von Howard Chandler Christy via Wikimedia Commons

Je größer und komplexer das Herrschaftsgebiet eines Staates ist, desto eher muss die Herrschaft des Volkes in kontrollierter Form an eigens eingesetzte Organe delegiert werden. Dabei sollte sichergestellt sein, dass die vom Volk ausgehende Macht, im Gegensatz zur befehlsartigen Form der Autokratie von oben nach unten, die vom Volk ausgeübte Macht auf Augenhöhe dialogisch bleibt.

Diese dialogische Form der Machtausübung durch das Volk setzt allerdings ein höchstmögliches Maß an Reife, Souveränität und breit gestreute, aktive Beteiligung aller Bürger voraus. Dies erfordert eine entsprechend weit entwickelte Mündigkeit der an der Demokratie partizipierenden Menschen.

Je mehr ein demokratischer Staat im Sinne der Meinungsfreiheit Menschen zu Wort kommen lässt, desto größer ist allerdings die Gefahr, dass sich unter die mündigen Menschen auch schein- oder nichtmündige mischen. Dies kann im schlechtesten Fall dazu führen, dass Demokratie sich selbst ad absurdum führt. Andererseits gehört gerade zu jeder Demokratie die Einsicht, dass zur Behebung dieses Problems keine Patentlösungen bereitliegen. Vielmehr erfordert die Auseinandersetzung mit beispielsweise nationalistischen und rassistischen Meinungsäußerungen oder Verschwörungstheorien usw. viel Mühe und Geduld. Je stärker jedoch die Zuversicht, irgendwann zu einem gegenseitigen Einvernehmen zu kommen und dabei auch voneinander zu lernen, desto größer auch die Bereitschaft, dafür Kraft und Ausdauer zu investieren.

In einer kleinen und noch unterentwickelten Form wurden (damals Frauen und Sklaven noch ausschließende) Demokratien schon in den Stadtstaaten der griechischen und römischen Antike geübt, ähnlich wie auch später in der italienischen Renaissance. In der heutigen Form gibt es sie in größeren oder großen Herrschaftsgebieten eigentlich erst seit dem späten 17. Jahrhundert auf dem Hintergrund der Philosophie der Aufklärung, die den Menschen Vernunft, einen freien Willen und Autonomie attestierte. Sie verkündete auch generell die Freiheit und Gleichheit aller Menschen, was dann in der Französischen Revolution zur erstmaligen Proklamation der Gleichberechtigung von Mann und Frau führte. Die erste Frühform einer neuzeitlichen Demokratie (abgesehen vom Sonderfall

der Schweiz) entstand im Königreich England und ging aus dem 1642 beginnenden englischen Bürgerkrieg schließlich als parlamentarische Monarchie hervor. In dieser regiert der König – bis heute – nicht mehr absolutistisch, sondern immer in Verbindung mit dem Parlament als Träger der Staatssouveränität. Die erste rein parlamentarische und präsidiale Demokratie ohne Königskrone kam erst hundert Jahre nach der englischen Revolution auf US-amerikanischem Boden zustande.

Der Kern der parlamentarischen und präsidialen Demokratie ist die *Gewaltenteilung* zwischen *Legislative* (Gesetzgebung), *Exekutive* (ausführende Gewalt) und *Judikative* (Rechtsprechung) als grundlegendes Organisationsprinzip der Verfassung eines Rechtsstaates. Als politisches Programm wurde die Gewaltenteilung erstmals in der Verfassung der Vereinigten Staaten 1788 verkündet und als "Checks and Balances" bezeichnet. Heute sind die Prinzipien der Gewaltenteilung in den meisten modernen Demokratien dem Verfassungstext nach verwirklicht. Je nach politischem System spricht man auch eher von einer *Gewaltenverschränkung* als von einer Gewaltenteilung.

Demokratie ist nicht. Demokratie wird.

Die natürliche Voraussetzung für die dem Menschen eingeräumte Möglichkeit einer demokratischen Staatsform ist nicht nur dessen begrenzt freier Wille und seine vernunftgeleitete Selbstbestimmung. Es ist auch sein Streben nach ständiger freier Veränderung und Erneuerung. Dieses Grunderfordernis einer jeden Demokratie gilt selbst für die festgeschriebenen Gesetze, die unter bestimmten Voraussetzungen geändert, ergänzt oder abgeschafft werden können. Noch viel öfter trifft es für tagespolitisch geforderte, erst recht revidierbare administrative Verordnungen zu. Dies ist beispielsweise der Fall bei stark die bürgerlichen Rechte einschränkenden Gesundheitsvorschriften zum Schutz der Bevölkerung beim Kampf gegen eine immer wieder unvorhersehbar ihr Gesicht wechselnde Pandemie oder auch, wenn sich die Voraussetzungen seitens der inzwischen dagegen durchgeimpften Bevölkerung maßgeblich geändert haben. In beiden Fällen wird versucht, im Sinne einer den Bedürfnissen der Menschen gerecht werdenden Demokratie ein störendes Ungleichgewicht zwischen Willensbildung und sich verändernder Praxis zu beseitigen.

In autokratischen Regierungsformen können Menschen ihrem Streben nach Veränderung kaum oder gar nicht folgen, weil ihnen durch willkürliche Bestimmungen und Erlasse "von oben" die Hände gebunden sind. Sie werden, wenn sie sich ihrem autokratischen System nicht resigniert angepasst oder sich dort ersatzweise irgendwelche Vorteile verschafft haben, ihrer Unzufriedenheit und Ohnmacht durch Proteste Luft machen, solange sie sich nicht zu sehr vor den dafür angedrohten Strafen fürchten. Dieser Protest gegen Diktaturen kann allerdings auch bewundernswert kreativ erfolgen und unter Umständen zu entscheidenden Teilerfolgen führen. Beson-

ders dann, wenn das betreffende Terrorsystem Schwächen oder gar Auflösungserscheinungen zeigt. Die den baldigen befreienden Mauerfall einleitenden friedlichen, sogenannten "Montagsdemonstrationen" in Leipzig 1989 sind ein besonders eindrucksvolles Beispiel. Das Feld für diesen gewaltigen Lernschritt in der tief durchwachsenen deutschen Geschichte des Zwanzigsten Jahrhunderts wurde allerdings jahrzehntelang durch schrittweise diplomatische Annäherungen vorbereitet. Etwas anders verhält es sich mit dem heutigen heldenhaften Verteidigungskampf friedliebender demokratischer Länder wie dem der Ukraine gegen den brutalen Angriffskrieg des mittelalterlich zaristisch gebliebenen russischen Unterdrückerstaats. Nachdem dort anfängliche diplomatische Anstrengungen fehlschlugen, mussten die ukrainischen Verteidiger zu den Waffen greifen; deren gleichzeitigen, weiter unermüdlichen Versuche, mit dem Aggressor friedlich zu verhandeln, bleiben nach wie vor bestehen. Konflikte heute lieber mit Verhandeln statt mit Krieg und Gewalt zu lösen, ist ein Fortschritt unserer Demokratie.

In einer Demokratie wählen die Bürger in geheimer und gleicher Wahl diejenigen Abgeordneten ihrer Parlamente sowie ihr Staatsoberhaupt aus, welche ihren unterschiedlichen politischen Vorstellungen am ehesten entsprechen. Diese Entscheidung setzt die aktive Auseinandersetzung der Bürger mit der Persönlichkeit und der Kompetenz der zur Wahl zur Verfügung stehenden Kandidaten voraus. Deshalb muss der Staat seinen Bürgern auch die Möglichkeit geben, sich möglichst genau über diese zu informieren.

Aufgrund dieser Vielfalt gibt es nie die Demokratie. Jede Demokratie ist anders und ständig im Werden begriffen. Sie

hat einen eigenen geschichtlichen Hintergrund und ihr spezifischer Einfluss auf andere Länder oder Bereiche, aber auch ihre Prägung von außen ist genauso spezifisch.

Genauso hat jede Demokratie nicht nur im eigenen Staat Widersacher oder gar Feinde. Skrupellose faschistische oder präfaschistische Machthaber anderer Staaten, die paranoide Angst haben vor dem unerbittlichen Willen der eigenen Bevölkerung zu Freiheit und Demokratie, greifen zunehmend zur Waffe der Wahlmanipulation, der Verbreitung von Fake News, zu Cyberangriffen und zur Finanzierung weltweiter rechtsradikaler Parteien, und neuerdings wagen sie sogar den militärischen Überfall auf demokratische Staaten als Kriegserklärung gegen die Demokratie schlechthin.

Eine nicht zu unterschätzende Bedeutung für die Entwicklung einer Demokratie hat deren Alter. Je älter Demokratien sind bzw. je länger sie die Stürme der Jahrhunderte mehr oder weniger unbeschadet durchgestanden haben, desto größer ist das Vertrauen, dass sie auch gegenwärtige und zukünftige Krisen durchstehen werden. Dies spricht besonders für die Achterbahnfahrt der ältesten, 250-jährigen US-amerikanischen Demokratie - trotz aller Tiefpunkte. Ein wesentlicher Grund für diesen Niedergang sind Verwahrlosungserscheinungen mit der gefährlichen Tendenz einer schleichenden Verkehrung der Demokratie in eine Oligarchie. Den noch jungen, vor kaum 100 Jahren entstandenen Demokratien auf dem europäischen Festland wie Deutschland fehlt hingegen – trotz ihrer im Vergleich zur USA stabiler und attraktiver wirkenden heutigen Demokratie – die jahrhundertelange Erprobung bei der Überwindung innerer wie äußerer Hindernisse und Krisen.

Die Gefahren und Grenzen der Demokratie

Von Winston Churchill stammt der berühmte Satz:

Demokratie ist die schlechteste aller Regierungsformen abgesehen von all den anderen Formen, die von Zeit zu Zeit ausprobiert worden sind. (No one pretends that democracy is perfect or all-wise. Indeed, it has been said that] democracy is the worst form of government except all those other forms that have been tried from time to time).

Der politische Pragmatiker Winston Churchill erklärt in seinem Urteil über die Demokratie nicht, wie diese an sich sein könnte, aus welchen Erwägungen oder aus welchem Menschenbild heraus sie entstanden ist. Ihn interessiert nur, was die Menschen faktisch aus ihr gemacht haben: offenbar nichts wirklich Gutes. Beim Vergleich zwischen der Demokratie und allen anderen Staatsformen wie der Autokratie und der Anarchie schneidet die Demokratie jedoch immer noch am besten ab. Sie ist wegen der mit ihr verbundenen Chancen sozusagen der Spatz in unserer Hand. Solang sie ihren Namen verdient, ist sie immer noch besser als die von Anfang an chancenlose Diktatur oder Anarchie. Denn Demokratie und nur Demokratie bringt den Menschen Freiheit und Selbstbestimmung, und sie fordert vor allem die Einhaltung der im Zeitalter der Aufklärung verkündeten Menschenwürde ein. Allein schon deshalb lohnt der fortdauernde Kampf um das Fortbestehen jeder Demokratie.

Das wahrscheinlich drastischste Beispiel dafür, welche negativen Folgen der Verlust der Demokratie haben kann, ist die Geschichte der nach dem Ersten Weltkrieg und dem Untergang der Monarchie 1918 ausgerufenen Weimarer Republik in Deutschland. Besonders, wie die mit ihr verbundenen großen Chancen vertan wurden (was Churchill bei seinem berühmten Ausspruch kurz nach dem Ende des Zweiten Weltkrieg möglicherweise auch vor Augen hatte). Diese Demokratie brachte dem vom Ersten Weltkrieg von Hunger, Elend und Ungewissheit gezeichneten deutschen Alltag zwar eine beachtenswer-

te politische Selbstbestimmung und soziale Gerechtigkeit und somit einen neuartigen Ansatz zu Deutschlands und Europas Aufbruch in die Moderne: Die Parlamente erhielten allgemeines und gleiches Wahlrecht, ganz neu auch für die Frauen. Achtstundentag, Tarifpartnerschaft und Mitbestimmung durch Betriebsräte erwiesen sich als Grundsteine eines modernen Sozialstaates. Diese von vielen Menschen bereits in den vorangegangenen Jahrzehnten erstrittenen Errungenschaften wurden jedoch in Weimar schon früh überschattet von einem Aufkommen radikaler Kräfte von rechts wie links und von diesen verübten Gewalttaten und brutalen Exzessen inmitten von Inflation, Hunger und Massenelend. Die zentralen Ämter in Militär, Justiz und Verwaltung wurden zunehmend von reaktionären Gegnern der Republik besetzt, die ihr erheblich schadeten. Sich überstürzende innen- und außenpolitische Krisen und die sich immer weiter vertiefende Spaltung der Gesellschaft zwischen links und rechts unterhöhlten zunehmend das politische Experiment der Demokratisierung der breiten gesellschaftlichen Mitte der neuen deutschen Weimarer Republik. Trotz der großen politischen Leistung derjenigen, die die Verfassung der jungen Republik auf den Weg gebracht hatten, und trotz des herausragenden Wirkens bedeutender Wissenschaftler und Künstler in den 13 Jahren von Weimar zerbröckelte die Republik langsam und endete in der Katastrophe der nationalsozialistischen Machtergreifung mit ihrer sofort hemmungslos einsetzenden Terrorherrschaft und ihrer aggressiven Außenpolitik. Diese stürzte die ganze Welt in einen über 50 Millionen Opfer fordernden Krieg mit dem sechsmillionenfachen Mord an der jüdischen Bevölkerung in ganz Europa durch den deutschen Nationalsozialismus.

In diesem Zusammenhang muss trotzdem festgehalten werden, dass der Absturz eines Landes mit einer so hohen kulturellen Tradition und Geschichte wie der Deutschlands in eine so tiefe und abgründige Barbarei im frühen Zwanzigsten Jahrhundert mit einer allgemeinen Hinwendung zum Autoritarismus zusammenfiel. Das Vakuum oder das

| Commission of the Commission

Wahlzettel zur Wahl der Nationalversammlung am 19.1.1919

Foto: Horst Ziegenfusz / Historisches Museum Frankfurt, CC BY-SA 4.0

Niemandsland zwischen dem untergegangenen, das europäische Festland Jahrtausende regierenden System eines autokratischen Feudalismus und dem sich nahtlos anschließenden, wagemutigen Experiment einer radikal neuartigen Demokratie machte zwischen den beiden Weltkriegen ganz Europa anfällig für "das schreckliche Schauspiel, wenn das Irrationale populär wird" (Thomas Mann). Es war die makabre neuartige Variante eines marodierend blutrünstigen und ideologisch perversen Faschismus, Rassismus und Nationalismus. Italien errichtete bereits 1922 eine faschistische Diktatur. Bald nach Deutschland 1933 folgten Spanien und Portugal, dann Ungarn und – unter deutscher Besatzung – Südfrankreich. Auch wenn insbesondere der deutsche Faschismus mit seinem eliminatorischen Antisemitismus eine Vielzahl an Eigenheiten aufwies, so offenbarte sich dennoch eine allgemeine Abkehr von der Demokratie.

Der vor allem durch die USA ermöglichte materielle und politische Wiederaufbau und die langsame Stabilisierung der nach Kriegsende von der sowjetischen Annexion verschont gebliebenen westeuropäischen Demokratien vollzog sich weiter während der Fünfziger- und Sechzigerjahre. Der erste tiefgreifende Einschnitt im gesamteuropäischen Demokratisierungsprozess der Nachkriegszeit war der Fall der kommunistischen Mauer und die Auflösung des sowjetischen Machtimperiums am Anfang der Neunzigerjahre. Mit diesem Beginn einer neuen europäischen Ordnung war auch die Bedingung geschaffen für einen endgültigen Frieden fünfundvierzig Jahre nach Kriegsende.

Aus dem Rückblick auf die bewegte Geschichte der europäischen Demokratien im Zwanzigsten Jahrhundert können wir lernen, dass unsere wichtigste Aufgabe nicht darin besteht, bereits hereingebrochene Krisen und Abstürze der Demokratie zu beheben, sondern sie vorsorglich zu vermeiden. Dies setzt die Kenntnis aller für die Demokratie gefährlichen Schwächen, Unzulänglichkeiten und Anfechtungen voraus.

Diese Gefahren und Schwächen liegen zweifellos auch in allen möglichen gegebenen ungünstigen, mehr äußeren gesellschaftspolitischen, wirtschaftlichen und politischen Umständen und Voraussetzungen verankert. Für deren Beseitigung zuständig sind vor allem die Experten in den betreffenden Fachrichtungen vorgesehen. Die sehr viel grundlegenderen Ursachen für die Gefahren und die Grenzen der Demokratie liegen jedoch sehr viel tiefer in der zwiespältigen Natur und der Janusköpfigkeit des Menschen als des eigentlichen und einzigen Akteurs der immer wieder von Neuem in ein Experimentierstadium geratenden Demokratie.

Die Erziehung und Schulung von zur Demokratie fähigen Menschen sollte bereits im frühesten Kindesalter beginnen, in der die Kinder dazu ermutigt werden, von ihrem Mitspracherecht auf der denkbar einfachsten Stufe Gebrauch zu machen. Dies sollte nicht erst in der Grundschule, sondern besonders schon vorher in einem den Kindern ein stabiles Selbstbewusstsein mitgebenden Elternhaus beginnen und, wenn möglich, auch in Kindertagesstätten, in denen es inzwischen erste vielversprechende Erfahrungen gibt.

Deswegen sollten wir als nächstes den Hauptkategorien der vor allem menschlichen Unzulänglichkeiten als der wichtigsten Ursache für eine Schädigung unserer Demokratie nachgehen, die es im Vorfeld zu erkennen und abzuwenden gilt.

Verhaftung in alten autokratischen Strukturen

Gemeint ist das zumindest im Unterbewusstsein tiefsitzende Festhaften an einer von Kindheit an eingetrichterten Untertanenmentalität als dem Hauptwidersacher eines jeden neu und offiziell geborenen "demokratischen" Geistes von Freiheit und Gleichheit. Ein besonders einschlägiges Beispiel ist die bereits vorhin erwähnte Geschichte der Weimarer Republik mit ihrer vorbildhaft modernen demokratischen Gesetzgebung, aber einer für defätistisch rechtslastiges Denken anfälligen, aus der Kaiserzeit stammenden Exekutive in den staatsführenden Bereichen von Militär, Justiz und Verwaltung, die zum Umsturz in den Terror und die Barbarei des Nationalsozialismus wesentlich beitrug.

Selbst in der heutigen gefestigten Demokratie in Deutschland seit 1949 gibt es Relikte des alten monarchistischen Untertanengeistes.

So berichten Menschen, die ihre frühe Kindheit noch in Nazideutschland zugebracht haben, dass es sie noch heute beim Anblick eines uniformierten Beamten, gleich ob Postbote, Zugbegleiter der Verkehrspolizist, während einer Zehntelsekunde reflexartig leicht durchzuckt und dass sie, wenn sie es mit dem Betreffenden zu tun bekommen, diesen entsprechend verhaltener und distanzierter ansprechen als einen rein zivilen Mitbürger.

Weiterhin scheint es, als ob, wie bekanntlich in der Weimarer Republik, auch noch nach 1945 bei Militär, Justiz und Verwaltung die Uhren etwas langsamer liefen als in anderen Bereichen der Gesellschaft. Das mag damit zusammenhängen, dass dort, wo rasches, klares und präzises Handeln gefordert ist, die hierarchischen Strukturen noch strenger beachtet werden müssen als in anderen Bereichen. Dies könnte auch die heute in den Medien berichtete Anfälligkeit für rechtsextremistisches Gedankengut in manchen Kreisen innerhalb von Polizei und Bundeswehr erklären. Fraglich bleibt allerdings, ob die folgende, rund zwanzig Jahren zurückliegende und eigentlich noch in die Kaiserzeit gehörende Episode heute noch möglich wäre. Berichtet wird dabei wahrheitsgemäß, dass ein Marineoffizier an einem Tanzabend seiner ihn begleitenden Frau verboten hätte, sich von einem im Vergleich zu ihm rangniedrigeren Offizier zum Tanz auffordern zu lassen.

Die heutige junge Generation dürfte gegenüber Relikten des Untertanengeistes am ehesten immun sein. Allfällig verbleibende Tendenzen dazu sind wahrscheinlich vor allem abhängig von Alter und schichtenspezifischer Herkunft. Generell überdauern solche anerzogenen und tiefsitzenden Reflexe mehrere Generationen, bis sie ganz abgebaut sind.

Interessenkonflikte

Ein zulasten der Demokratie herrschender Interessenkonflikt liegt vor, wenn Politiker finanziell einträgliche Nebengeschäfte betreiben, die mit den staatlich übergreifenden Interessen nicht kompatibel sind. Dies ist der Grund, warum die Abgeordneten eines Parlaments ihre Nebentätigkeit offenlegen müssen angesichts der Gefahr, dass diese in ihre eigene Tasche arbeiten.

Ein ähnliches Problem besteht auf der Ebene von Staatengemeinschaften, wenn beispielsweise ein Staat innerhalb der Europäischen Union dahingehend überprüft werden muss, ob in dem betreffenden Staat Korruption oder ein sonstiger gravierender Mangel an demokratischen Strukturen herrscht.

Irrationale Flucht in den Extremismus

Dies ist gegeben, wenn bisher mehr oder weniger demokratisch gesonnene Menschen, Gruppen oder ganze Siedlungen, Ortschaften oder Landstriche sich von ihren mehr oder weniger demokratischen Überzeugungen abwenden und sich antidemokratisch und antidialogisch extremistischen Gruppen oder Parteien anschließen.

Es handelt sich dabei um das Phänomen eines meist kollektiven irrationalen Protestverhaltens und ist die Konsequenz einer schweren Enttäuschung darüber, in seinen Hoffnungen und vertrauensvollen Erwartungen an die Regierung betrogen worden zu sein. Diese Menschen werden umso empfänglicher für einfache, brachiale politische Rezepte und für die primitiven Stammtischparolen populistischer Rattenfänger. Sie machen sich dann auch umso rascher die Vorurteile und die Trug- und Feindbilder zu eigen, die sie schon lange tief in ihr Unterbewusstsein versenkt zu haben glaubten.

Der psychologische Hintergrund ist das Gefühl, zu den Abgehängten, an den Rand der Gesellschaft Gedrängten, den Ignorierten und nicht mehr Gesehenen und Beachteten zu gehören, die um das ihnen Zustehende gebracht worden sind.

Die Extremismus-Forschung setzt für extremistisches Handeln eine bestimmte Persönlichkeitsstruktur voraus. Bezeichnend dafür ist ein verstärkter Hang zur Heimatsuche von Menschen mit einem traumatisierenden lebensgeschichtlichen Hintergrund. Für erhöhten Fanatismus und die Neigung zu Gewalttätigkeit können entwicklungspsychologisch auch besondere psychische Schädigungen besonders bei der Mutter-Kind-Beziehung im frühesten Kindesalter bis zurück zu den ersten drei Lebensjahren verantwortlich gemacht werden.

Dies darf jedoch nicht dazu führen, Extremisten oder auch nur rechtsextreme "Mitläufer" vorschnell als persönlichkeitsgestört abzutun oder sie aus Mitleid gewähren zu lassen. Es ist in der Politik bisher immer wieder ein großer, typischer Fehler gewesen, sich um die Benachteiligten, fernab Abgehängten etwa in den neuen deutschen Bundesländern zu wenig zu kümmern und sich nicht für eine Verbesserung ihrer Situation und eine Reform der Infrastruktur ihres Lebensbereichs einzusetzen.

Genau so war es auch ein Fehler der Siegermächte im Ersten Weltkrieg, das besiegte Deutsche Reich mit übermäßigen Forderungen zu demütigen, statt diesem, wie die Amerikaner nach dem Zweiten Weltkrieg, die Hand zu reichen und den Wiederaufbau zu fördern. Dies war einer der Gründe für den perfiden Erfolg der Dolchstoßlegende und das Erstarken der Nazis.

Fake News

Das besondere Übel von Fake News hat sich in seinem heutigen Ausmaß etwa seit der letzten Jahrtausendwende zu einer wahren Pandemie unseres demokratischen Miteinanders entwickelt. Auch wenn die US-amerikanische Variante des Fake-News-Virus vor allem zu Zeiten der Administration unter Donald Trump besonders verheerende Ausmaße angenommen hat, so ist bisher kaum ein demokratisches Land auf dieser Welt von dieser Seuche wirklich verschont geblieben.

Bis Ende der Fünfzigerjahre des vergangenen Jahrhunderts pflegten Amerikaner ihre Nachrichten aus den wenigen großen Zeitungen und aus dem Radio zu beziehen, sodass in der Bevölkerung ein breiter Konsens bestand bezüglich erfolgter Ereignisse und Fakten. Aber in einem Zeitalter, in dem jedermann x-Beliebiges im Internet "publizieren" kann und damit rapide Hunderttausende von "Followers" erreicht, entsteht genau die Situation, die Amerika gegenwärtig beherrscht: dass fast die Hälfte der Bevölkerung mehr den Lügen als der Wahrheit Glauben schenkt und dass diese Menschen auch Fehlentscheidungen treffen, so wie besonders bei der Präsidentenwahl 2016. In den vergangenen vier Jahren waren die USA in besonderem Maß zum Opfer dieser Art von Gehirnwäsche geworden. Aber der Preis war diesmal so hoch, dass die Wahl 2020 doch anders ausging.

Die hauptsächlichen Krankheitsüberträger der Wahrheitsunterdrückung in der Informationspolitik sind populistisch agitierende Extremisten, die bewusst propagandistisch täuschen und oft erstaunliche Akrobaten der Wahrheitsverdrehung, Fälschung und Verschwörungstheorien sind. Gerade unter Politikern gibt es heute etliche, die eine phantastische Lügen-Aura um sich verbreiten. Ohne Spitzenpolitiker von dieser Sorte wäre heute Großbritannien immer noch ein Mitglied der Europäischen Union.

Die größte Verantwortung, Fake News mit Stumpf und Stiel auszurotten, läge eigentlich beim Journalismus. Doch auch da leidet die Berichterstattung bedauerlicherweise immer wieder an einer Ausdünnung der Wahrheit. Besonders Sensationsmeldungen und Horrorprognosen in der Presse sollte der Leser daher umso kritischer und vorsichtiger unter die Lupe nehmen. Man kann sich häufig nicht des Eindrucks erwehren, dass bei immer wieder auftretenden journalistischen Kassandra-Rufern, zusätzlich zu ihrem finanziell motivierten Schreibdrang, die machtbewusste Lust am Schüren von Ängsten gegenüber der redlichen Wiedergabe von Wahrheiten überwiegt.

In diesem Sinn sind wir alle dazu aufgerufen, dem Keim gefährlicher Verschwörungstheorien unter die Lupe zu nehmen und ihm energisch entgegenzutreten.

Glücklicherweise gibt es dank der hochentwickelten digitalen Technologie Möglichkeiten seitens Fact Finder, über Satellitenbilder bisher verborgenen gebliebene, politisch hochwichtige Fakten aufzudecken. Ein aktuelles Beispiel sind die jüngsten photographischen Beweise für haufenweise von russischen Invasoren begangene, schwerste Kriegsverbrechen an unschuldigen ukrainischen Zivilisten während des russischen Angriffskriegs gegen die ukrainische Demokratie.

Opportunistisches oder duckmäuserisches Mitläufertum.

Eine andere ähnlich bequeme Form, sich vor der anspruchsvollen Auseinandersetzung mit der Demokratie zu drücken, ist ein *opportunistisches Nach-dem-Munde-Reden* im Sinn von *kritikloser Anpassung und Mitläufertum.* Es beginnt mit dem Nachplappern am Stammtisch und setzt sich fort etwa in Parteiversammlungen, wo immer wieder Parteimitglieder bei einschneidenden, zur Sprache kommenden Meinungsverschiedenheiten der Mehrheit folgen, um nicht anzuecken, statt die deutlich zum Ausdruck kommenden Divergenzen auszudiskutieren – entweder weil sie nicht ihren inneren Frieden oder auch ihren karrieristischen und finanziell einträglichen Aufstieg in der Partei gefährden möchten.

Besonders verwerflich und einen Schaden für die Demokratie bedeutet dies, wenn in der betreffenden Versammlung ruchbar gewordene Missbrauchsfälle – oder noch umfassender – Menschenrechtsverletzungen thematisiert werden und öffentlich an den Pranger gestellt und mit Sanktionen verknüpft werden sollen, die Mehrheit jedoch dazu tendiert, das betrefende Ereignis zögerlich herunterzuspielen oder ganz zu vertuschen und wegzuschauen.

Je häufiger und in je größeren und ausschlaggebenden Gremien je skandalösere Geschehnisse unter den Tisch gekehrt werden, desto größer ist die Wahrscheinlichkeit, dass dadurch das ganze verantwortliche, sich demokratisch nennende System infrage gestellt werden muss.

Erlahmen von Engagement

Als lähmend auf eine Vorwärtsentwicklung und Festigung unserer Demokratie wirkt sich auch jedes beginnende *Desinteresse* an unserem demokratischen Leben aus. Der Grund sind oft bis in eine Depression abgleitende Resignation und Ohnmachtsgefühle aufgrund enttäuschter Erwartungen an die Umsetzung seitens von Politikern hochtrabend angekündigter Reformen, besonders nach einem hoffnungsvollen Regierungs- oder auch Parteienwechsel, der zu keinerlei Änderungen geführt hat. Und gerade die auf uns täglich herabprasselnden und uns langsam zermürbenden Fake News, Verschwörungstheorien und brutalen Vorurteile sind sicher auch ein häufiger Grund für Resignation und für einen Rückzug aus dem Informationsnetz unserer Alltagspolitik.

Ein noch tieferer und zugleich übergreifender Grund für ein Desinteresse am Leben einer Demokratie, ist, dass ein großer Teil der Bevölkerung überhaupt nicht weiß oder immer wieder vergisst, was für ein Riesenglück wir Bürger – trotz aller beklagenswerten Missstände und Ärgernisse – mit unserer über Jahrzehnte aufgebauten Demokratie haben und wie gut es uns geht im Vergleich zu den in Diktaturen eingekerkerten Menschen. Würden Bürger unserer Demokratie einmal auch nur für kurze Zeit in der Kasserolle einer Diktatur schmoren, würden ihnen die Augen aufgehen und sie würden rückblickend ihren Hang zur ständigen Kritik an den Schwächen der Demokratie infrage stellen und nach ihrer Rückkehr umso dankbarer in vollen Zügen die Vorteile ihres demokratischen Systems auskosten, mit dem Vorsatz, jetzt umso aktiver an der Beseitigung der Schwachstellen ihres demokratischen Systems mitzuwirken.

Zur Abgewöhnung oder Vermeidung von Gleichgültigkeit und Desinteresse dürfte es empfehlenswert sein, sich regelmäßig über die gesellschaftlichen Vorgänge um uns herum wenigstens notdürftig zu informieren. Beobachtungen lassen den Schluss zu, dass allein schon eine zahlenmäßige Verdoppelung oder Verdreifachung der wenigen politisch wirklich interessierten und informierten Bürger bei uns ein anderes kollektives politisches Bewusstsein erzeugen würde und damit der Widerstand gegen politische Missstände mit umso größerer Schlagkraft in Richtung Basisdemokratie geführt werden könnte.

Mangelnde Wachsamkeit und Achtsamkeit gegenüber den Werten eines demokratischen Menschenbildes

Besonders in der noch weniger verbildeten jungen Generation begegnen wir gerade heute häufig einer verstärkten sozialen Wachsamkeit bzw. Achtsamkeit gegenüber allen Menschen, unabhängig von deren geographische, ethnische und kulturelle oder auch religiöse Herkunft. Sie zeigen eine erhöhte Sensibilität gegenüber Menschen und oft eine auffallende Solidarität mit den Schwachen, Benachteiligten und unter dem ihnen zugefügten Unrecht Leidenden. Diese Art von Achtsamkeit erscheint bei ihnen wie eine neu erstrittene Grundhaltung, eine Bewegung, die in dieser Generation überall in Europa angetroffen werden kann. Sie ist der Ausdruck eines Rechtsempfindens und einer Verantwortlichkeit, mit welcher sie sich, schon vor dem Zeitenbruch des Überfalls von Russland auf die Ukraine, von etlichen europäischen Politikern abheben, die ungerührt zuschauen oder allenfalls wegsehen, wenn tagtäglich Flüchtlinge im Mittelmeer ertrinken oder wenn Flüchtlinge anderer ethnischer Herkunft abgewiesen werden, statt eine rasche und unbürokratische Aufnahme in ihren Ländern im Rahmen der jeweiligen Möglichkeiten zu veranlassen. Dabei beschränkt sich das Verantwortungsgefühl jener Jugendliche keinesfalls nur auf ihre Mitmenschen zugunsten eines freiheitlich friedlichen Miteinanders. Vielmehr erstreckt es sich auch wie von selbst auf unsere ganze Natur und Umwelt, auf Tiere und Pflanzen und auf den Klimawandel. Denn diese Generation spürt, dass wir alle nur als ein Teil derselben Natur eng mit ihr verwachsen sind. Dabei denken sie bei ihrem unermüdlichen Engagement nicht in erster Linie an sich selbst, sondern an ihre Kinder und späteren Enkel, denen sie allen eine nachhaltig lebenswerte Welt wünschen. Eine Welt, die allen Menschen (und allen Tieren) Nahrung und Schönheit geben kann und die ihnen de Kraft gibt, sich für deren Rettung zu engagieren. Sie dürfen dabei die Hoffnung nicht aufgeben, dass sich die heute Erwachsenen eines Tages vielleicht doch noch davon überzeugen lassen werden, umzudenken und neu zu handeln und dabei, privat wie beruflich, den Blick auf ein in sich zusammenhängendes Ganzes zu richten, statt nur, im Sinn von Lobbyismus und Vetternwirtschaft, auf das eigene, egoistische Vorankommen. zu starren.

Die äußere Struktur und der intrinsische Kern der Demokratie

Wer sich die Aufgabe stellt, beispielsweise auf einem Marktplatz so kurz wie möglich jemandem zu erklären, was er unter Demokratie versteht, könnte in etwa formulieren: Eine offene, herrschaftsfreie und pluralistische Demokratie ist das politische Instrumentarium für den immerwährenden Kampf um die Unversehrtheit der Würde des Menschen und um die freie Entfaltung seiner Persönlichkeit im Sinne der ersten beiden Artikel des deutschen Grundgesetzes.

Hierbei scheint es sinnvoll zu sein, zwischen dem äußeren Rahmen der Demokratie (Demokratie als Instrumentarium) und deren innerem bzw. intrinsischem Kern zu unterscheiden.

Die äußere Struktur bzw. der Mantel der Demokratie sind zum einen die verfassungsmäßigen Gesetze und Bestimmungen, die im Sinne der grundlegenden Gleichberechtigung aller Bürger die freie Meinungsäußerung, die Mitsprache und Mitbestimmung und das allgemeine Wahlrecht regeln Zum anderen gehören dazu im Sinne der Gewaltenteilung die vom Volk zu wählenden Verfassungsorgane: das Parlament (Legislative), die Regierung (Exekutive) und die Gerichtsbarkeit (Judikative) mitsamt allen dazugehörigen Gremien und Ausschüssen.

Zum *intrinsischen Kern der Demokratie* gehört sowohl der historische, philosophische, ethisch religiöse und der wissenschaftlich psychologische Aspekt der Demokratie als auch die Praxis des zwischenmenschlichen und politischen Dialogs auf kommunikationswissenschaftlicher und psychologisch methodischer Grundlage.

Wer gegen all die oben angeführten Gefahren und Grenzen der Demokratie etwa in Konflikt- und Krisendialogen überzeugend auftreten will, muss selbst persönlich überzeugt sein von seinem Bekenntnis zum Grund-Credo der Demokratie. Es geht hierbei um die persönlich authentische Identität eines jeden mit dem, was er nach außen vertritt. Diese Identität darf sich nicht in rein verbalen Beteuerungen seiner Zugehörigkeit erschöpfen. Sie muss vielmehr, besonders im Verteidigungsund Bedrohungsfall, vom ganzen Menschen und von dessen Willen Besitz ergreifen, sein demokratisches System "bis zur letzten Minute" zu verteidigen. Auch diese Identität ist nicht, sondern wird andauernd. Sie wächst und schwankt zwischendurch und festigt sich wieder, ändert sich oft in kurzer Zeit bis hin zum gelegentlichen Oszillieren zwischen dem Bewussten und dem Unter- und Vorbewussten. Der Motor für diese Identität sind nicht nur die logisch stringenten Gedankengänge und festen Gewissheiten unseres rationalen Bewusstseins. Fast noch wichtiger sind die mehrdeutig unsicheren, kurzlebigen und manchmal sprunghaft ambivalenten und kreativen, mehr bildbesetzten und affektbetonten *Denkmöglichkeiten* und *Visionen* mit dem Sitz nicht nur im Gehirn, sondern auch im dicht verzweigten Komplex des Solarplexus im Bauchraum, weshalb da auch gern von "Bauchgefühl" gesprochen wird. Um im Prozess der Identitätsfindung bis zu diesem vor- und unterbewussten Bereich unserer Wahrnehmung vorzudringen, ist es hilfreich, in der meditativen und kontemplativen Stille zu verharren und so die Welt seiner innersten Überzeugungen zu vertiefen und für die Entwicklung von Visionen nutzbar zu machen. In diesem praktisch prospektiven Zusammenhang auf intrinsischer Ebene wird auch gern der Begriff der *Selbstwirksamkeit* verwendet.

Zur Festigung des zwischenmenschlichen Miteinanders im Dialog geht mit der Klärung der eigenen Identität auch der Respekt vor dem oder den Dialogpartnern sowie die Haltung der Wertschätzung und die Fähigkeit des Zuhörens einher. In der Praxis geschieht dies nicht gesondert, sondern in der Weise parallel miteinander, dass das authentische Wachstum der eigenen Identität sich wie von selbst positiv auf die Einbeziehung des Gegenübers auswirkt. Wer wirklich bei sich selber ist, hat auch die Kraft zur Öffnung dafür, sich von seinem "sicheren Zuhause" aus ein Stück weit in die Weite und Tiefe der Welt des Anderen vorzutasten. Dieses achtsame und mitfühlend empathische Hineinversetzen in sein Gegenüber kann eine starke innere Konzentration erfordern, ebenfalls vorzugsweise über die meditativ kontemplative Stille. Aber auch Grundkenntnisse oder sogar ein teilweises Einüben praktisch psychologischer Gesprächsmethoden können hilfreich sein. Aber all dies hilft nur, wenn beide Seiten eine gewisse Kompromissbereitschaft, Geduld, Wertschätzung und Respekt gegenüber dem anderen in einer Sprache aufbringen, die einladend und nicht abschreckend ist und die Menschen immer wieder neu motiviert, in den Diskurs um die Wahrheit einzusteigen. In diesem Sinne ermutigen erfahrene Politiker und Diplomaten zu dieser Art der dialogischen Synchronisation zwischen eigenen und fremden Interessen und damit zwischen eigener und sozialer Identität auf der Grundlage einer selbstkritischen und letztlich vertrauensvollen Haltung, die jedes Miteinander eher nutzlosen Alleingängen vorzieht.

Basisdemokratie

Die Hauptkritik am heutigen Entwicklungsstand der repräsentativen bzw. parlamentarischen Demokratie richtet sich gegen deren immer noch zu geringer Nähe zur demokratischen Basis der Bevölkerung. Diese wählt für einen bestimmten Zeitraum Parlament und Regierung, die dann in ihrem Elfenbeinturm Gesetze erlässt und sie verwaltet und sich dabei von den Alltagsbelangen der Bevölkerung weitgehend abschottet. In der schubweise und wellenartig verlaufenden Demokratisierung unserer Welt wächst die Sehnsucht der Menschen nach verstärkter kontinuierlicher Mitwirkung an demokratischen Entscheidungsprozessen im Sinn einer authentischen Basisdemokratie. Die Menschen verspüren immer deutlicher den Wunsch, im Sinn des intrinsischen Aspekts der Demokratie fortlaufend am Puls des Geschehens zu bleiben und in irgendeiner Weise "dabei" zu sein.

Als besonderes Vorbild gilt das Prinzip der direkten Demokratie im Sinne der in der Schweiz gängigen Praxis einer möglichen Revision von staatlichen, für die Allgemeinheit verbindlichen Entscheidungen. Dafür wird die Möglichkeit des Referendums als Instrument der direkten Volksabstimmung bereitgestellt. Damit dieses Prinzip auch in großflächigeren und komplexer strukturierten Einheiten als der Schweiz praktikabel wird, mehren sich seitens Experten die Versuche, Demokratie-Modelle zu entwickeln, die auf unterschiedliche Weise das Vorbild der direkten Demokratie nach dem Schweizer Muster mit dem föderalistisch pluralistischen Prinzip der amerikanischen Revolution zu verbinden. Nach diesen Modellen wird versucht, in regionalen sowie in kommunalen Einheiten eine vom Bundessitz möglichst unabhängige Gesetzgebung und Verwaltung zu ermöglichen.

Im jetzigen Zeitalter der Digitalisierung wurde 2018 von den drei Politologen Michael Neblo, Kevin Esterling und David Lazer in Harvard ein systematisiertes Konzept einer direkt repräsentativen Demokratie entworfen, in der die Technologie der digitalen Welt des Internets mit einbezogen wird, um so ohne ständige reale Zusammenkünfte digital die Intensität und Transparenz der Kommunikation zu erhöhen und eine neuartige Organisations- und Arbeitsweise zu ermöglichen. In dieser können Parlamente von Städten, Gemeinden und Kommunen zu überregionalen Strukturen zusammengeschlossen werden, ohne die Identität der kleinsten Einheiten zu verlieren. Dadurch entstehen Orte einer High Energy Democracy, in der Technologie nicht nur ein vielfältigeres und effektiveres Handeln ermöglicht, sondern auch ein neues Bewusstsein im Sinn von Global denken, lokal handeln. Wobei die große politische Kunst darin besteht, eine Balance, ein ausgewogenes Miteinander von global und lokal anzustreben, statt entweder in Zentralismus oder in lokalem Egoismus zu erstarren.

Diese High Energy Democracy wäre damit der Inbegriff einer Basisdemokratie, welche auf digitaler Ebene lokale und globale Innovation verbindet und gleichzeitig über die Einbeziehung parlamentarisch kontrollierender und kontrollierter Strukturen die Mitsprache ihrer Bürgerinnen und Bürger gewährleistet.

Konkretisiert werden soll diese Mischform von parlamentarischer und direkter Demokratie dadurch, dass aus allen Teilen der Bevölkerung fachlich kompetente Räte oder Bürgerkonvente ausgewählt werden, die Entscheidungskompetenzen von repräsentativ gewählten Parlamenten übernehmen. Darüber hinaus plädieren die drei genannten amerikanischen Autoren aus Harvard für das Modell der "Town Hall", eine Bürgerversammlung, welche als dauerhaftes Online-Gesprächsforum langfristig eine einvernehmliche Zusammenführung unterschiedlicher Gruppierungen aus Menschen anstrebt, die trotz räumlicher Trennung digital anwesend sind.

Dieses neuartige Demokratiemodell fand wie zufällig schicksalshaft durch den Ausbruch der Covid-19-Pandemie im Frühjahr 2020 eine allererste ansatzweise Anwendung. Die von der deutschen Bundesregierung blitzschnell aus der Not geborenen gesetzlichen Regelungen und Gesundheitsverordnungen zum Schutz der Bevölkerung folgten, mehr als je zuvor in der Geschichte der Bundesrepublik, dringenden wissenschaftlich fundierten Empfehlungen durch virologische, medizinische und wirtschaftliche Experten, Institutionen, Forschungsinstitute und Akademien. Diese waren sozusagen die Regierung und Bevölkerung intermittierenden fachlichen Berater der Bundesregierung im Sinne fachlich kompetenter Räte oder Konvente nach dem Modell der "High Energy Democracy". Deren wissenschaftliche Empfehlungen mussten dem rapiden Verlauf der Pandemie ständig neu angepasst werden, und besonders während der Anfangsmonate wurden neue Daten und Erkenntnisse über tägliche Pressekonferenzen und Video-Podcasts der Öffentlichkeit vorgestellt und von der Bundesregierung mitgetragen. Über die Jahre hat dies, als weiterer, fester Schritt in Richtung Basisdemokratie, zur Etablierung von Expertenräten geführt, die dem demokratischen Prozess wissenschaftliche Expertise zur Verfügung stellten.

Die Gefahren und Grenzen der Demokratie



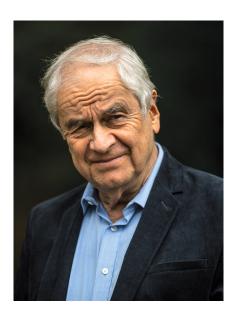
Ausgehend von all dem in dieser einführenden Schrift zum Thema Demokratie Gesagten, über ihr Sein und Werden, ihre Vielfalt in Geschichte und Gegenwart, ihre Perspektiven, aber auch über ihre ernstzunehmenden Gefahren und Grenzen und vor allem angesichts der grundlegenden Verankerung der Demokratie in menschlichen Bedürfnissen, Interessen und Fähigkeiten können wir auf die in dieser Schrift formulierte Ausgangsfrage

WAS IST DEMOKRATIE?

jetzt folgende einfache Antwort zu geben versuchen:

WIR SIND DEMOKRATIE.

Über den Autor



Frido Mann

Frido Mann ist der Enkel des Nobelpreisträgers Thomas Mann. Nach dem Studium der Musik, der Katholischen Theologie und der Psychologie war er als klinischer Psychologe und Professor für Psychologie in Münster, Leipzig und Prag tätig. Heute lebt er als freier Schriftsteller in München. Er veröffentlicht Essays, Romane und zusammen mit Christine Mann die Bücher "Es werde Licht" (2017) und "Im Lichte der Quanten" (2021). Frido Mann war Honorary Fellow am Thomas Mann House in Pacific Palisades.

